

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr am Mittwoch, 27.10.2010, 16:30 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Georg Ralle
stellv. Ausschussvorsitzender:	Raimund Recksiedler
Ausschussmitglieder:	Ludwig Bunjes
	Christoph Hinz
	Ingo Langer
	Jürgen Rathkamp
	Steffen Schwärmer
	Herbert Zeidler
stellv. Ausschussmitglieder:	Hans-Hermann Niebuhr
Ratsmitglieder:	Bernd Köhler
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Klaus Engler
	Olaf Freitag
	Rolf Heeren
	Dirk Heise
	Jörg Kreikenbohm
	Egon Wilken
Gäste:	Helmut Hilger
	Johannes Waidhas (Fa. WIBERA)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anträge an den Rat der Stadt
- 3 Stellungnahmen für den Bürgermeister
Kein Tagesordnungspunkt
- 4 Zur Kenntnisnahme
- 4.1 Straßenausbaubeitragssatzung
- 4.2 Neubaugebiet Lekewiesen - Antrag von Anliegern auf Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung -

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Der Ausschussvorsitzende begrüßt zahlreiche Zuschauer und eröffnet diesen die Möglichkeit, Fragen an den Bürgermeister zu stellen.

Eine Anfrage bezieht sich auf die von der Stadt Varel vorgesehene Straßenausbaubeitragssatzung mit dem Inhalt, dass eine Beschlussfassung aufgrund weiteren Beratungsbedarfes doch vorerst verschoben werden sollte.

Der Bürgermeister antwortet, dass sich die Fraktionen des Rates der Stadt Varel erst am Vortage mit dem Thema weiter auseinandergesetzt haben und dass die heutige Beratung eine Absetzung des Tagesordnungspunktes ergeben könnte.

Eine weitere Anfrage enthält den Vorschlag, dass vor einer Beschlussfassung über die Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung eine entsprechende Einwohnerinformationsveranstaltung durchgeführt werden sollte.

Vom Bürgermeister wird dazu erklärt, dass dem Fachausschuss eine beratende Funktion obliegt. Sollte es zu einer positiven Beschlussempfehlung kommen, wird eine Information stattfinden.

Von einem Einwohner wird die Frage gestellt, für welche Maßnahmen aufgrund einer Straßenausbaubeitragssatzung Beiträge erhoben würden, für Neubauten oder für Wiederherstellungen bzw. ob die Stadt Varel damit die Behebung der entstandenen Winterschäden finanzieren möchte.

Der Bürgermeister führt dazu aus, dass Beiträge für eine grundlegende Straßensanierung erhoben werden dürfen, nicht aber für die Behebung von Winterschäden und Lunkern in der Fahrbahnoberfläche. Die entsprechenden Bestimmungen im Mustertext bedürfen einer Definition. Erschließungsmaßnahmen nach dem Bundesbaugesetz sind davon nicht betroffen.

Nach einer weiteren Fragestellung zu möglichen Einzelproblemen bei der Anwendung einer Straßenausbaubeitragssatzung stellt der Bürgermeister zusammenfassend fest, dass derartige Einzelfragen in einer Einwohnerfragestunde nicht erschöpfend behandelt werden können und dass dafür die angeregte Einwohnerinformationsveranstaltung dienen soll. Er bittet die Einwohner, ggf. diese Veranstaltung für ihre Fragen zu nutzen. Der Bürgermeister gibt abschließend die Auskunft, dass die vorgesehene Straßenausbaubeitragssatzung anzuwenden ist auf grundlegende Verbesserungen an einer Straße.

Von einem Anlieger der Straße Astrid-Lindgren-Ring wird ausgeführt, dass am Sonntag spontan eine Bürgerbefragung stattgefunden habe mit dem Ergebnis, dass sich 48 Stimmen gegen die Montage von Schwellen auf der Fahrbahn ausgesprochen haben, weil damit die Qualität als Spielstraße nicht mehr vorhanden wäre. Vorgeschlagen wurde eine Beruhigung des Verkehrs am Eingang zum Wohngebiet. Diese Aussage wurde abgeschlossen mit den Fragen, was der Ausschuss in der heutigen Sitzung beschließen werde und wer dafür die Kosten trage. Der Bürgermeister beschreibt die bisherige Befassung mit diesem Thema, welche Daten und Meinungen vorliegen, und dass dies aktuell dem Fachausschuss vorgestellt wird. Die Kosten für ggf. aufzubauende Schwellen wird die Stadt tragen.

2 Anträge an den Rat der Stadt**Kein Tagesordnungspunkt****3 Stellungnahmen für den Bürgermeister****Kein Tagesordnungspunkt****4 Zur Kenntnisnahme****4.1 Straßenausbaubeitragssatzung
Vorlage: 317/2010**

Von der Verwaltung wird die bisherige Entwicklung dieses Themas vorgetragen und der Hinweis gegeben auf den Tagesordnungspunkt 4.1 der öffentlichen Sitzung dieses Ausschusses am 05.05.2010.

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass die SPD-Fraktion die geplante Abgabe ablehnt. Die vorgesehene Satzung verursacht Kosten und könnte zu Ungerechtigkeiten im ländlichen Bereich führen.

Herr Rathkamp führt aus, dass sich die CDU und die Gruppe sich mit dem Thema beschäftigt hat. Da nicht alle Ausgaben im Bereich des Straßenausbaues umlegungsfähig sind, könne man mit einer solchen Satzung z.B. im Wohngebiet eine Steuerungsfunktion übernehmen. Für die Anwendung einer solchen Satzung im Außenbereich bzw. bei Realverbandswegen besteht jedoch noch Beratungsbedarf.

Herr Köhler vermutet, dass die Anwendung einer solchen Satzung zu heftigen Ungerechtigkeiten führen könnte, z.B. bei Moorstraßen, sodass die dortigen Anlieger wiederholt zu Beiträgen herangezogen würden. Es besteht noch weiterer Beratungsbedarf.

Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass eine zu beachtende Mustersatzung zum Thema Straßenausbaubeitrag von der Landesregierung geprüft worden ist und eine entsprechende Satzung vor dem Gericht Bestand haben wird, sodass die Bürger einen Prozess verlieren würden und zahlen müssten. Er fasst zusammen, dass das Thema weiter in den Fraktionen beraten werden soll und stellt ausdrücklich den Antrag, dass vor einer Entscheidung eine große Bürgerbeteiligung erfolgen soll.

4.2 Neubaugebiet Lekewiesen - Antrag von Anliegern auf Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung - Vorlage: 324/2010

Mit den anliegenden Schreiben wenden sich drei Bürger des Neubaugebietes Lekewiesen an die Stadt Varel und teilen ihre Besorgnisse wegen überhöhter Geschwindigkeiten und daraus resultierend die Gefährdung für Fußgänger und spielende Kinder mit. Sie regen an, dass geeignete Maßnahmen zum Schutz ergriffen werden sollen. Sie sehen unverzüglichen Handlungsbedarf, für Leben und Gesundheit der Anwohner sei Gefahr im Verzug.

Zur Beurteilungsgrundlage der tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten wurde die Verkehrswacht Varel-Friesische Wehde gebeten, verdeckte Messungen vorzunehmen.

Diese fanden im Zeitraum vom 22. bis 29. Juni, 23. bis 30. Juli 2010 und 25. August bis 01. September 2010 statt.

Gemessen wurde sowohl im verkehrsberuhigten Bereich als auch in der Zufahrtsstraße davor.

Ein Handlungsbedarf ist im Zufahrtsbereich nicht zu erkennen.

Im verkehrsberuhigten Bereich liegt die Geschwindigkeit, die von 85 % der Verkehrsteilnehmer eingehalten wird bei $V_{85} = 30$ km/h ($V_{50} = 20$ km/h, $V_{30} = 17$ km/h, $V_{10} = 12$ km/h). Die mittlere Geschwindigkeit lag für Pkw's und Lkw's bei rd. 23 km/h, die Maximalgeschwindigkeit bei 47 km/h (Pkw), 33 km/h (Lkw) und 45 km/h (Transporter).

[2. Messreihe: $V_{85} = 22$ km/h, $V_{50} = 16$ km/h, $V_{30} = 14$ km/h, $V_{10} = 11$ km/h, $V_{max} = 40$ km/h (Pkw), 36 km/h (Transporter), 35 km/h (Lkw)]

Damit ist festzustellen, dass zwar keine „Raserei“ erfolgt, die zulässige Schrittgeschwindigkeit im verkehrsberuhigten Bereich aber deutlich überschritten wird.

Um ein Meinungsbild der Anwohner neben den Aussagen der Antragsteller zu erhalten, wurde eine Fragebogenaktion durchgeführt.

An dieser Befragung nahmen von 115 Befragten rd. 70 Haushalte teil (vgl. Anlage).

2/3 finden, dass zu schnell gefahren wird, etwa die Hälfte fühlt sich in der Sicherheit beeinträchtigt, etwa 2/3 der Befragten wünschen verkehrsberuhigende Maßnahmen, davon etwa 60 % in Form von Schwellen. Die Auswertung ist als Anlage beigefügt.

Die Befragungen und Geschwindigkeitsauswertungen zeigen, dass in dem ausgewiesenen verkehrsberuhigten Bereich die zulässige Schrittgeschwindigkeit weit überschritten wird.

Das Fahrverhalten läuft konform mit einer Tempo-30-Zone.

Die Erschließungsplanung für das Neubaugebiet wurde im Straßen- und Verkehrsausschuss am 11. September 2001 vorgestellt. Danach sollte der Ausbau

als „dörflich geprägte Straßen“ erfolgen und als Mischverkehrsfläche als 30 km/h-Zone ausgewiesen werden.

Der Verwaltungsausschuss beschloss jedoch alternativ, das gesamte Plangebiet zu einem verkehrsberuhigten Bereich zu erklären, verändert werden sollte lediglich die dafür rechtlich notwendige Kennzeichnung und zusätzliche Einrichtung von Parkflächen.

Optisch wirkt das Wohngebiet Lekewiesen wie eine Tempo-30-Zone (keine Fahrbahnversätze, durchgängige Asphaltierung). Ausgewiesen ist jedoch ein verkehrsberuhigter Bereich, in dem schneller gefahren wird als zulässig.

Von einem Ausschussmitglied wird darauf hingewiesen, dass die Straße Astrid-Lindgren-Ring fast 1 Kilometer lang ist und man für eine solche Strecke bei einer Geschwindigkeit von 7 km/h etwa 10 Minuten benötigt.

Ein stellvertretendes Ausschussmitglied möchte zu dem Thema die Meinung der Polizei wissen. Von Herrn Hilger wird ausgeführt, dass im Baugebiet Lekewiesen zu unterscheiden ist zwischen den 30km/h-Zonen in den Zufahrtsbereichen und den weiterführenden verkehrsberuhigten Bereichen, die in Wirklichkeit keine sind. In einem verkehrsberuhigten Bereich sollen alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sein und Kinder dürfen auf der Fahrbahn spielen. In einer 30km/h-Zone dagegen gibt es Fahrgassen, die eine Geschwindigkeit von bis zu 30 km/h zulassen, die Betonung liegt auf dem fließenden Verkehr und Kinder dürfen nicht auf der Fahrbahn spielen.

Ein Ausschussmitglied schlägt vor, dass durch Schilder darauf hingewiesen werden sollte, dass es sich bei den Straßen um Spielstraßen handelt und im Bereich des Spielplatzes sollten evtl. Schwellen aufgebracht werden.

Von einem Ausschussmitglied wird in Erinnerung gerufen, dass das Gebiet seinerzeit als dörflicher Bereich vorgesehen war und die zulässige Geschwindigkeit auf 30 km/h mit dem Verkehrszeichen Verkehrsberuhigter Bereich reduziert werden sollte. Da es schwierig sein wird, zu einer Entscheidung bezüglich eines Umbaus der Straßen zu kommen, sollte das Thema in den Fraktionen beraten werden.

Vom Ausschussvorsitzenden wird festgestellt, dass die Verkehrszeichen von der Stadt aufgestellt worden sind und dass die Straßen entsprechend anzupassen sind. Es soll eine Beratung in den Fraktionen erfolgen mit einer Besichtigung vor Ort.

Zur Beglaubigung:

gez. Georg Ralle
(Vorsitzender)

gez. Egon Wilken
(Protokollführer)